

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 23. März 1967

Nummer 12

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte März 1967

Die internationale Situation

Die Sorge um die Erhaltung der Expansion rückt in den Industrieländern zunehmend in den Vordergrund der wirtschaftspolitischen Überlegungen. Dies gilt für Nordamerika, aber auch für europäische Industrieländer, wie die Bundesrepublik und die Beneluxländer. Da nur von wenigen Ländern, wie Italien und Japan, konjunkturelle Gegenkräfte ausgehen, kommt der Konjunkturpolitik in den einzelnen Volkswirtschaften besondere Bedeutung für die Überwindung der gegenwärtigen Schwächetendenzen zu.

Die *amerikanische* Regierung erstrebt für dieses Jahr eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um 4 vH, gegenüber 5,5 vH im Vorjahr. Die Regierung gibt sich mit einer geringeren Expansion zufrieden, weil sie in der niedrigeren Arbeitslosenquote (von 3,7 vH Anfang des Jahres) ein Symptom dafür sieht, daß sich der Expansionspielraum der amerikanischen Wirtschaft vermindert hat. Es ist jedoch höchst fraglich, ob selbst dieses zurückgesteckte Ziel erreicht werden kann. Begrenzend wirkt nicht das Produktionspotential, sondern die zu erwartende Nachfrageentwicklung. Die Änderung des geldpolitischen Kurses, der nun auf Zinssenkung und Erweiterung des Kreditpielraumes gerichtet ist, sowie die Wiedereinführung von Steuergutschriften dürften die gewerblichen Anlageinvestitionen kaum anregen. Nach den neuesten Angaben des amerikanischen Handelsministeriums sind die Investitionsplanungen wieder nach unten revidiert worden. Aufgrund der Zinsverbilligung ist allein mit einer Belebung der Wohnungsbauinvestitionen zu rechnen. Ausgleichskräfte zur unbefriedigenden Entwicklung der gewerblichen Anlageinvestitionen gehen daneben zwar auch noch von den öffentlichen Ausgaben und dem Export, vor Jahresmitte aber kaum vom privaten Verbrauch aus. Zurückhaltung üben weiterhin vor allem die Käufer dauerhafter Konsumgüter, was die Anpassung der überhöhten Läger an die Umsätze

erschwert. Diese Kaufzurückhaltung ist nicht Folge eines verlangsamten Einkommenszuwachses, denn die Lohnerhöhungen haben sich eher noch etwas beschleunigt. In ihr dürfte sich vor allem die allgemeine Unsicherheit über die künftige konjunkturelle Entwicklung spiegeln. Unter diesen Umständen ist es nicht zu vertreten, wenn die wirtschaftspolitischen Instanzen — Regierung und Kongreß — sich für eine Erhöhung der Einkommensteuer zur Jahresmitte einsetzten. Vielmehr könnte es im Laufe der nächsten Monate — nämlich bei Anhalten der gegenwärtigen Tendenzen im privaten Verbrauch — notwendig werden, den kontraktiven Erscheinungen mit mehr Nachdruck entgegenzutreten.

In *Großbritannien* hat die Regierung zu erkennen gegeben, daß sie nicht bereit ist, einen stärkeren Wirtschaftsrückgang in Kauf zu nehmen. Die Restriktionsmaßnahmen haben vor allem die private Inlandsnachfrage getroffen. Die Freisetzung von Kapazitäten, die vorm der Befriedigung des privaten Inlandsbedarfs dienten, hat zwar zu zusätzlichen Lieferungen an das Ausland geführt. Eine stärkere Unterauslastung der Kapazitäten wäre jedoch nicht zu vermeiden gewesen, wenn sich die öffentliche Hand nicht zu einer Steigerung ihrer Investitionsausgaben entschlossen hätte. Da sich die britische Zahlungsbilanzlage leicht entspannt hat, ist für dieses Jahr eine weitere Steigerung der öffentlichen Investitions-, aber auch Verbrauchsausgaben geplant. Der Gesamtwirtschaft werden damit Impulse vermittelt, die zusammen mit der steigenden Auslandsnachfrage zu einem erneuten — zunächst mäßigen — Sozialproduktwachstum führen sollen.

Die gegenwärtig von der britischen Regierung verfolgte Wirtschaftspolitik gleicht insoweit der so oft kritisierten „stop and go“-Politik. Sie unterscheidet sich von ihr jedoch durch eine relativ starre Einkommenspolitik, bei der grundsätzlich an dem gegenwärtigen Lohn- und Preisstopp festgehalten werden wird. Da ein erneutes Sozialproduktwach-

tum die Erzielung von Arbeitsproduktivitätsfortschritten erwarten läßt, würde ein Lohnstopp die Lohnstückkosten der britischen Wirtschaft sinken lassen. Der Erfolg oder Mißerfolg der gegenwärtigen Politik wird also davon abhängen, ob es gelingen wird, den Arbeitnehmern als Lohnempfängern und Verbrauchern die Hauptlast der Gesundheitspolitik aufzubürden. In diese Möglichkeit müssen Zweifel gesetzt werden.

Die konjunkturelle Entwicklung in *Frankreich* läßt nunmehr erkennen, daß das Ziel eines Sozialproduktwachstums von 5 vH im Jahre 1967 kaum zu erreichen sein wird. Die Industrieproduktion steigt gegenwärtig nur noch mit einer saisonbereinigten jährlichen Wachstumsrate von weniger als 4 vH. Auch die Ergebnisse der Unternehmerbefragungen deuten nicht auf eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivität in der nächsten Zukunft hin. Die Gründe für die Dämpfung des Aufschwungs sind — abgesehen von der noch immer anhaltenden Stagnation im Wohnungsbau — in dem Zusammentreffen einiger Faktoren zu sehen, die nicht unmittelbar mit der binnenwirtschaftlichen Konjunktur erklärt werden können. So wirkt sich vor allem die Konjunkturabschwächung in einigen wichtigen Partnerstaaten erheblich retardierend auf die französische Wirtschaft aus. Als Triebkraft der inländischen Produktionsentwicklung hat auch der private Konsum an Bedeutung verloren. Hierbei spielt nicht nur eine Rolle, daß der Konjunkturaufschwung nach der Stagnationsphase im Jahre 1965 eher mit einer Verlangsamung als mit einer Beschleunigung im Anstieg der Lohnsätze verbunden war. Die Tendenz zur Erhöhung der Arbeitslosenzahl, die bei vielen Verbrauchern Sorge um die Zukunft ausgelöst hat, wirkt gemeinsam mit den sparfördernden Maßnahmen auf eine Erhöhung der Sparquote hin. In der gegenwärtigen Situation reicht auch die zunehmende Investitionstätigkeit nicht aus, um die Abschwächung im Wachstum der übrigen privaten Nachfragekomponenten auszugleichen. Aus diesem Grunde sind die Impulse, die noch immer von den rasch expandierenden Staatsausgaben ausgehen, konjunkturpolitisch sehr erwünscht.

In *Italien* scheinen die privaten und öffentlichen Investitionen allmählich die Exporte als bedeutendste Wachstumsträger abzulösen. Die zunehmenden Auftragsbestände haben die Unternehmer vor allem zu einer Aufstockung der Läger an Vor- und Halberzeugnissen veranlaßt und dadurch eine beachtliche Produktionssteigerung in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie bewirkt. Allein die Stahlerzeugung lag im Januar um etwa 20 vH über dem entsprechenden Vorjahrsniveau. Aber auch die Anlageinvestitionstätigkeit ist nach dem Jahreswechsel lebhafter geworden. Die zunehmende Verlagerung des Schwergewichts von der Auslandsauf die Inlandsnachfrage blieb nicht ohne Einfluß auf die außenwirtschaftliche Situation Italiens. Die monatliche Zahlungsbilanz schließt seit Oktober vorigen Jahres mit einem steigenden Passivum ab. Erstmals seit langer Zeit mußte jedoch im Januar auch ein Defizit der laufenden Transaktionen hingenommen werden, für das in erster Linie der Warenverkehr verantwortlich ist. Zwar konnte das Ausfuhrwachstum das Tempo des vierten Quartals 1966 gerade halten, die Expansion der Importe

beschleunigte sich dagegen auf 22 vH. Die Einnahmen aus dem Touristenverkehr und den Überweisungen der im Ausland tätigen Arbeitskräfte vermochten kein ausreichendes Gegengewicht zu dem Defizit der Handelsbilanz von nahezu 70 Mrd. Lire (0,45 Mrd. DM) zu bilden.

Die Lage in Westdeutschland

Anhaltender konjunktureller Rückgang ...

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich — wie zu befürchten war — im ersten Quartal zunehmend verschlechtert: Trotz außerordentlich günstiger Witterungsbedingungen stieg die Arbeitslosigkeit bis Ende Februar auf rund 675 000 Personen an und ist bis Mitte März lediglich um 50 000 Personen wieder zurückgegangen. Die Beschäftigungssituation ist noch ungünstiger dadurch zu beurteilen, daß zahlreiche in ihre Heimatländer entlassene Gastarbeiter, wie auch die verstärkte Zunahme von Kurzarbeit (Mitte Februar 340 000 Personen) der „Arbeitslosigkeit“ zuzurechnen sind.

Die Konjunkturabschwächung hat sich somit im Verlauf des ersten Quartals dieses Jahres verstärkt. Das reale Sozialprodukt, das im vierten Quartal noch um ein geringes größer gewesen war als im Vorjahr, dürfte im ersten Quartal das entsprechende Vorjahrsergebnis nicht überschritten, vielleicht sogar nicht einmal mehr erreicht haben. Dieses negative Ergebnis, das durch den ungewöhnlich starken Rückgang der industriellen Auftrageingänge unterstrichen wird, ist in der konjunkturellen Entwicklung der Nachkriegszeit ohne Parallele. Der sich ständig vergrößernde Angebotsüberhang ist nicht nur das Ergebnis struktureller Faktoren, wie etwa im Steinkohlenbergbau, sondern er ist vor allem die unerwünschte Folge konjunktureller Einflüsse, die zu einem besorgniserregenden *Nachfragedefizit* geführt haben. Welche Aussichten bestehen gegenwärtig, dieses Nachfragedefizit wenn schon nicht zu beseitigen, so doch nachhaltig zu verringern?

Auch eine Fortsetzung des bisherigen Expansionstempes der *Ausfuhr* würde keinesfalls ausreichen, die Abschwächung der inlandswirksamen Nachfrage zu kompensieren. Obwohl der Export weiterhin außerordentlich stark zugenommen hat, erreicht die Produktion gegenwärtig nicht einmal mehr das Vorjahrsniveau.

... erfordert neuen Eventualhaushalt ...

Die zur Belebung der Investitionstätigkeit beschlossenen Maßnahmen, auf die sich bisher die wirtschaftspolitische Aktivität konzentriert hat, werden nicht genügen, um die gesamtwirtschaftliche Zielprojektion der Bundesregierung für 1967 (reales Bruttosozialprodukt + 2 vH) zu erreichen. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen gewährleisten nicht einmal, daß das reale Sozialprodukt 1967 überhaupt zunehmen wird. Daher sollte unverzüglich erwogen werden, neben dem bereits laufenden Eventualhaushalt zusätzliche Investitionsaufträge der öffentlichen Haushalte kurzfristig in einer Größenordnung zu vergeben, die weit über die Ansätze in dem bisherigen Eventualhaushalt hinausgeht. Die administrativen Schwierigkeiten, die sich schon jetzt bei den Bemühungen zu ergeben scheinen, die

bisher geplanten Investitionsausgaben in effektive Nachfrage zu verwandeln, mindern jedoch die kurzfristigen Erfolgsaussichten, auf die es im Augenblick ankommt.

Auch kann eine Belebung der Investitionstätigkeit im privaten Bereich nicht abgewartet werden:

- Möglichkeiten für zusätzliche Investitionen, die zinsabhängig sind und daher von der Kapitalmarktentwicklung profitieren könnten, liegen heute weit weniger als früher im Bereich des privaten Wohnungsbaus, sondern vornehmlich im öffentlichen Investitionsbereich, bedürfen also mehr als nur kapitalmarktpolitischer Aktivität, um realisiert zu werden;
- die Erwartungen, daß sich die ertragsabhängigen Investitionen im gewerblichen Bereich beleben, können trotz der gewährten Abschreibungsvergünstigungen enttäuscht werden, da völlig ungewiß ist, wann und wie die Unternehmer bei einem Grad von Unterauslastung disponieren, der in der Bundesrepublik bisher ohne Beispiel ist. Bestenfalls ist mit einer zeitlichen Vorverlagerung einiger für später geplanter Investitionsausgaben zu rechnen, die zwar für den Augenblick entlastend wirken, in naher Zukunft jedoch die gleichen Probleme wieder aufwerfen würde. Die Wahrnehmung der Abschreibungsvergünstigungen ist zwar nur innerhalb eines kurzen Zeitraums möglich; dennoch ist zu befürchten, daß zusätzliche Investitionsaufträge frühestens in der zweiten Jahreshälfte erteilt werden.

... aber auch kostenneutrale Verbrauchsanregung

Es bliebe also zu erwägen, ob nicht auch andere Verwendungsbereiche des Sozialprodukts mit finanzpolitischen Maßnahmen gestützt werden sollten. Hier ist vornehmlich an eine zusätzliche Anregung des privaten Verbrauchs zu denken, die

etwa durch eine bis Ende 1967 befristete Senkung der Einkommensteuer (in diesem Falle insbesondere der Lohnsteuer) zu erreichen wäre. Dies sollte — auch aus praktischen Gründen — in Form eines fixen von der laufenden Steuerschuld abzuziehenden Betrages (bei steuerfreien Einkommen durch Gewährung eines Zuschlages) vorgenommen werden. Eine solche Maßnahme hätte zudem den Vorteil, die Kostenrechnung der Unternehmen nicht zu belasten und der Lage auf den Arbeitsmärkten Rechnung zu tragen, die eine konjunkturell relevante Ausweitung der Effektivlohnsätze unwahrscheinlich macht. Sie würde verhindern, daß auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte unter dem Eindruck der konjunkturellen Konstellation 1967 in ihrem Wachstum völlig erlahmen und sich damit auch in den verbrauchsnahen Bereichen die ungünstigen Einflüsse auf die Kapazitätsausnutzung verstärken.

Um einen fiskalischen Ausgleich für solche Steuer-Mindereinnahmen zu finden, bedürfte es allerdings — ebenso wie bei weiteren Investitionsausgaben — der Hilfe der Notenbank. Sie müßte bereit sein, nicht nur für diejenigen Steuer-Mindereinnahmen finanziell einzutreten, die sich im Verlaufe dieses Jahres ohnehin einstellen werden (wie sie es schon zugesagt hat), sondern darüber hinaus auch geplante Defizite, ob sie nun aus weiteren Investitions Haushalten oder aus Steuersenkungen resultieren, insoweit zu akzeptieren, daß das im Bundeshaushalt und in den Länderhaushalten für 1967 vorgesehene Ausgabenvolumen nicht gefährdet würde.

Die Notenbank hat ihre früheren Vorbehalte gegenüber einer expansiven Geld- und Kreditpolitik allem Anschein nach in letzter Zeit aufgegeben. Es würde in diesem Falle also im wesentlichen von den Entscheidungen der Bundesregierung abhängen, ob die expansive Wirtschaftspolitik auch auf eine finanzpolitische Förderung des privaten Verbrauchs ausgedehnt wird.

Probleme des Interzonenhandels

Das Bild, das der innerdeutsche Warenverkehr zur Jahreswende bietet, ist zwiespältig: Einerseits konnte 1966 die bisher stärkste Ausdehnung des Handelsvolumens erzielt werden, andererseits ist die Beurteilung der Expansionsmöglichkeiten für 1967 allgemein — und zu Recht — pessimistisch. Die geminderten Erwartungen beruhen — neben politischen Unsicherheiten — auf der unausgeglichenen Entwicklung im abgelaufenen Jahr.

Die Entwicklung im Jahre 1966 ...

Das Jahr 1966 hat für den Warenverkehr im Interzonenhandel eine Umsatzsteigerung um 20,6 vH auf 2,96 Mrd. DM¹⁾ gebracht. Das Wachstumstempo der ersten sechs Monate (+ 50 vH) konnte dabei — wie erwartet —²⁾ im zweiten Halbjahr nicht mehr beibehalten werden.

Die Aufteilung auf Lieferungen und Bezüge zeigt für das abgelaufene Jahr eine sehr unausgeglichenen Entwicklung: Einer Expansion der Lieferungen um 36 vH stand nur eine Zunahme bei den Bezügen um 6,5 vH gegenüber. Damit ist ein Saldo von 279 Mill. VE zugunsten der Bundesrepublik entstanden (im Vorjahr: — 34 Mill. VE).

Ähnlich einseitig wie die Gesamtpositionen entwickelte sich auch die Warenstruktur. Von den vermehrten Lieferungen in Höhe von 428 Mill. VE ent-

fielen allein 119 Mill. VE auf landwirtschaftliche Erzeugnisse (einschließlich Nahrungs- und Genußmittel). Diese Güter haben damit 1966 einen Anteil von 22 vH aller Lieferungen nach Mitteldeutschland erreicht. Aber auch die Lieferung von Maschinen konnte um 77 Mill. VE auf 223 Mill. VE gesteigert werden. Daneben erhöhten sich die Lieferungen von Eisen und Stahl (um 57 Mill. VE) und von chemischen Produkten (um 52 Mill. VE) merklich. Bei den vermehrten Maschinenlieferungen der Bundesrepublik handelt es sich vor allem um Maschinen der chemischen Industrie und der Nahrungsmittelindustrie sowie um Textil- und Metallbearbeitungsmaschinen. Der Anteil der Maschinen stieg auf 14 vH aller Lieferungen und hat damit wieder die Bedeutung zurückgewonnen, die er

¹⁾ Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes.

²⁾ Siehe Wochenbericht des DIW Nr. 35/1966.

Der Interzonenhandel nach Warengruppen

Warengruppen	Bezüge der Bundesrepublik							Lieferungen der Bundesrepublik						
	in Mill. VE			Anteile in vH			Veränderungen 1966/65 in vH	in Mill. VE			Anteile in vH			Veränderungen 1966/65 in vH
	1962	1965	1966	1962	1965	1966		1962	1965	1966	1962	1965	1966	
Landwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	117,7	289,0	375,9	12,9	22,9	27,9	30,1	169,4	239,5	358,4	19,9	20,1	22,1	49,6
Steine und Erden	18,7	25,6	27,9	2,0	2,0	2,1	9,0	0,6	4,3	4,4	0,1	0,4	0,3	2,3
Bergbau	240,5	213,9	170,9	26,3	16,9	12,7	-20,1	40,1	29,9	32,8	4,7	2,5	2,0	9,7
Mineralöle, Kohlenwertstoffe . .	202,3	69,3	67,5	22,1	5,5	5,0	-2,6	3,6	0,6	1,9	0,4	0,1	0,1	216,7
Eisen und Stahl ²⁾	2,1	29,1	41,0	0,2	2,3	3,0	40,9	328,8	286,2	343,4	38,6	24,0	21,2	20,0
NE-Metalle, Metallhalbzeug . . .	3,2	8,2	17,5	0,3	0,6	1,3	115,4	29,6	36,3	45,9	3,5	3,0	2,8	26,4
Eisen- Blech-, Metallwaren . . .	8,7	18,2	19,4	1,0	1,4	1,4	6,6	5,2	6,9	14,0	0,6	0,6	0,9	102,9
Maschinenbau	58,5	71,1	70,9	6,4	5,7	5,3	-0,3	63,7	146,0	222,7	7,5	12,3	13,8	52,5
Stahlbau	0,5	0,3	0,7	0,1	—	0,1	133,3	4,5	2,0	3,0	0,5	0,2	0,2	50,0
Chemische Industrie	51,7	101,4	83,6	5,7	8,1	6,2	-17,6	71,4	282,1	334,1	8,4	23,7	20,6	18,4
Elektrotechnik	5,0	29,4	29,2	0,5	2,3	2,2	-0,7	26,8	26,6	34,6	3,1	2,2	2,2	30,1
Feinmechanik, Optik	9,3	22,6	24,4	1,0	1,8	1,8	8,0	9,8	8,2	12,4	1,1	0,7	0,8	51,2
Glas, Glaswaren, Keramik	13,9	20,5	21,6	1,5	1,6	1,6	5,4	19,7	14,8	24,7	2,3	1,2	1,5	66,9
Textilien, Bekleidung	103,1	221,5	244,4	11,3	17,6	18,2	10,3	29,3	49,7	75,1	3,4	4,2	4,6	51,1
Holz und Holzzeugnisse	31,0	47,2	56,9	3,4	3,7	4,2	20,6	10,5	16,9	22,2	1,2	1,4	1,4	31,4
Zellstoff, Papier, Papier- und Druckerzeugnisse	22,8	32,5	32,6	2,5	2,6	2,4	0,3	12,8	19,0	25,5	1,5	1,6	1,6	34,2
Leder, Lederwaren, Schuhe	3,0	9,1	11,6	0,3	0,7	0,9	27,5	0,9	2,4	3,6	0,1	0,2	0,2	50,0
Musikinstrumente, Spielwaren ³⁾	10,9	23,5	22,9	1,2	1,9	1,7	-2,6	0,8	1,4	18,5	0,1	0,1	1,1	1221,4
Sonstige Produkte	11,5	30,4	26,6	1,3	2,4	2,0	-12,5	25,2	18,3	42,0	3,0	1,5	2,6	129,5
Insgesamt	914,4	1262,8	1345,5	100,0	100,0	100,0	6,5	852,7	1191,1	1619,2	100,0	100,0	100,0	35,9

¹⁾ Einschl. Erzeugnisse der Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei. — ²⁾ Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl-, Warmwalz-, Schmiede-, Preß- und Hammerwerke, Gießereierzeugnisse sowie Produkte der Ziehereien, Kaltwalzwerke und Stahlverformung. — ³⁾ Sowie Turn-, Sportgeräte, Schmuckwaren, bearbeitete Edelsteine.

Quelle: Stat. Bundesamt, Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost, Fachserie F, Reihe 6.

in den Jahren 1960 und 1961 besessen hatte. Überproportionale Zunahmen waren 1966 daneben bei EBM-Waren, feinmechanischen Erzeugnissen, Glas und Keramik, Textilien (einschl. Bekleidung) sowie Kleinsendungen (von 2,5 auf 8 Mill. VE) zu verzeichnen. Am Wert der Gesamtlieferungen gemessen sind diese Erzeugnisse jedoch bedeutungslos.

Bei den Bezügen sind noch stärker als auf der Lieferseite die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach vorn gekommen; ihr Wert erhöhte sich hier um 87 Mill. VE. Besonders zugenommen haben die Getreidekäufe (um 55 Mill. VE) sowie der Bezug von Schweinefleisch, Nutz- und Schlachttieren (14 Mill. VE). Bei den gewerblichen Erzeugnissen wurden Textilien und Bekleidung (+ 23 Mill. VE) sowie Holzwaren (+ 14 Mill. VE) nennenswert stärker gekauft. Die erhöhten Bezüge von Holzwaren sind fast ausschließlich auf zusätzliche Möbelkäufe und bei Textilien zum großen Teil auf vermehrte Wäscheimporte zurückzuführen. In stärkerem Maße rückläufig waren hingegen 1966 die Brikettimporte (- 46 Mill. VE) und die Bezüge von chemischen Produkten (- 18 Mill. VE).

Seit 1962 haben damit die Bezüge an mitteldeutschen Agrarerzeugnissen doppelt so schnell zugenommen wie die Gesamtbezüge; ihr Anteil ist auf 28 vH aller Bezüge angewachsen. Die beträchtliche Erhöhung der Ausschreibungen für Getreide auf — zuletzt — 160 Mill. VE im Jahre 1967 (gegenüber 100 Mill. im Vorjahr) läßt erkennen, daß an eine weitere Ausdehnung dieses Sektors gedacht ist.

... wirft Schatten auf die Zukunft

Von den Unausgeglichenheiten, die sich 1966 sowohl im Verhältnis der Einfuhren zu den Ausfuhren als auch innerhalb der Warenstruktur ergeben haben, werden die Entwicklungsmöglichkeiten des innerdeutschen Handels in diesem Jahre stark

beeinflusst werden. Mit dem hohen Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik ist — trotz der baren Bezahlung von Erzeugnissen (vorwiegend) des Maschinenbaus in Höhe von 64 Mill. VE — der vorgesehene Swing von 200 Mill. VE durch den mitteldeutschen Partner voll in Anspruch genommen worden. Einer weiteren Ausdehnung der westdeutschen Lieferungen ist damit eine Grenze gezogen, ja selbst Lieferungen in Höhe des Jahres 1966 sind keineswegs gewährleistet. Eine Erleichterung könnte eine Erhöhung des Swings bringen: Als er 1960 mit 200 Mill. VE vereinbart wurde, betrug der Umsatz im innerdeutschen Warenverkehr etwa 2 Mrd. VE. Dieser Umsatz ist jetzt auf fast 3 Mrd. VE gestiegen. Eine Anpassung des Swings an das vergrößerte Umsatzvolumen läge daher nahe. Dagegen wird die Zurückhaltung Mitteldeutschlands bei Bestellungen in der Bundesrepublik, die angesichts des hohen Verschuldungsstandes geboten erscheint, auch mit der beschlossenen Aussetzung der Kontengattstellung (für Konto I bis Mitte 1968, für Konto II bis Ende 1967) kaum durchbrochen werden. Selbst bei einem Anstieg der Bezüge der Bundesrepublik um 10 vH im laufenden Jahre — der also stärker wäre als 1966 — müßten die Lieferungen um fast 10 vH gegenüber dem Vorjahr eingeschränkt werden, wenn wenigstens eine Ausweitung des mitteldeutschen Schuldensaldos vermieden werden soll. Die mit einem Barausgleich verbundenen Probleme wären dann aber Ende 1967 immer noch die gleichen wie gegenwärtig.

Größere Abnahmebereitschaft der Bundesrepublik erforderlich

Eine weitere befriedigende Entwicklung des Interzonenhandels in diesem Jahre setzt also eine ganz erhebliche Steigerung der westdeutschen Bezüge voraus. Die mitteldeutsche Wirtschaft ist allerdings aufgrund des starken Eigenbedarfs und hoher

Exportverpflichtungen gegenüber dem Ostblock bei Investitionsgütern in ihrer Liefermöglichkeit stark beeinträchtigt. Eine weitere Ausdehnung der agrarischen Bezüge, die durchaus möglich wäre, könnte nur als Notlösung betrachtet werden: Der Austausch landwirtschaftlicher Produkte entspricht schon gegenwärtig in keiner Weise der Warenstruktur des Außenhandels beider Seiten. Während der Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei den Exporten der Bundesrepublik gegenwärtig bei nur 3 vH liegt und beim mitteldeutschen Außenhandel eine ähnliche Quote anzunehmen ist, beträgt der Anteil im Interzonenhandel 22 bzw. 28 vH. Das Schwergewicht der Expansion sollte daher unter dem Gesichtspunkt einer adäquaten Warenstruktur bei den gewerblichen Erzeugnissen liegen. Bei industriellen Verbrauchsgütern gibt es auch durchaus noch sinnvolle Möglichkeiten zu verstärkter Handelsfähigkeit. Dazu müßten allerdings die auf der westdeutschen Seite gerade für diesen Sektor noch bestehenden Hemmnisse aufgehoben werden.

Entgegen allen anderen Behauptungen ist der Anteil der Güter, die im Interzonenhandel nicht frei zu beziehen bzw. zu liefern sind, auch heute noch recht hoch. Die Kontingentierung der Bezüge geschieht in zwei Formen: einmal durch beiderseitige Festsetzung der Abkommenswerte der zu tauschenden Güter. Sie betreffen das gesamte Konto I. Daneben gibt es auf seiten der Bundesrepublik die „autonome Wertbegrenzung“ für bestimmte Güter des Kontos II. Sie trifft landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie die Sektoren Textil, Glas und Keramik, Steine und Erden, Zellstoff, Druck und Papier sowie EBM-Waren. Der Anteil dieser wertbegrenzten Ausschreibungen am Konto II betrug 1966 sowohl bei den Genehmigungen als auch bei den tatsächlichen Bezügen immer noch rund ein Viertel. Selbst wenn man die durch wertbegrenzte Ausschreibungen realisierten Bezüge zu den Gesamtbezügen (d. h. Konto I + II) in Beziehung setzt, ergibt sich eine Quote von 19 vH. Da jedoch auch das Konto I (wenn auch in beiderseitigem Einverständnis) einer Wertbegrenzung unterliegt, betrug der Anteil der nicht freien Bezüge an den Gesamtbezügen der Bundesrepublik 1966 50 vH. Zwar ist dieser Anteil seit 1962 (75 vH) sehr zurückgegangen; dies hängt jedoch überwiegend mit der schwindenden Bedeutung des Kontos I zusammen. Beim Konto II hat sich der Anteil der wertbegrenzten Ausschreibungen im gleichen Zeitraum nur von 35 auf 27 vH verringert.

Von den zum Bezug über das Konto II erteilten Genehmigungen in Höhe von 981 Mill. VE im Jahre 1966 entfielen 255 Mill. VE auf wertbegrenzte Positionen. Davon kamen 176 Mill. auf landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die restlichen 79 Mill. VE entfielen auf Güter der gewerblichen Wirtschaft, mit Schwerpunkt bei den Textilien (34 Mill. VE).

Außer bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Kontingente für Güter, die wertbegrenzt ausgeschrieben werden, in den letzten fünf Jahren kaum erhöht worden. Ebenfalls sind in dieser Zeit keine Transfers von Gütern aus der Wertbegrenzung zur wertoffenen Bezugsmöglichkeit erfolgt³⁾.

Der Rückgang der Kontingentierungsquote (beim Konto II) für gewerbliche Güter ist damit geradezu

Die Bezüge¹⁾ der Bundesrepublik im Interzonenhandel nach Abkommenswerten, wertbegrenzten und offenen Ausschreibungen

Konto bzw. Kontenkoeffizient	1962	1963	1964	1965	1966
in Mill. VE					
Wertbegrenzte Ausschreibungen (Konto II)	97,9	121,2	130,7	180,0	202,2
Offene Ausschreibungen (Konto II)	182,8	263,2	367,3	499,3	547,3
Konto II, gesamt	280,7	384,4	498,0	679,3	749,5
Abkommenswerte (Konto I)	443,9	489,7	488,5	389,4	333,2
Warenbezüge, insgesamt	724,6	874,1	986,5	1068,7	1082,7
Anteile in vH					
Wertbegrenzte Ausschreibungen am Konto II	34,9	31,5	26,2	26,5	27,0
Wertbegrenzte Ausschreibungen an Gesamtbezügen	13,5	13,9	13,2	16,8	18,7
Konto I an Gesamtbezügen	61,3	56,0	49,5	36,4	30,8
Durch wertbegrenzte Ausschreibungen und Abkommenswerte kontingentierte Güter an Gesamtbezügen	74,8	69,9	62,8	53,3	49,5

1) Erlaßt sind nur die aufgrund der Warenlisten des jeweiligen Jahres bezogenen Güter; die Daten weichen unabhängig davon auch aus methodischen Gründen von den Jahreswerten des Statistischen Bundesamtes ab. Siehe hierzu H. Lambrecht: „Die Entwicklung des Interzonenhandels von seinen Anfängen bis zur Gegenwart“, Sonderhefte des DIW, Nr. 72, S. 29 ff.
Quelle: Bundesanzeiger Nr. 41/1963; 30/1964; 46/1965; 44/1966; 41/1967.

ein Beweis für die Wirksamkeit der Kontingentierung, nicht hingegen für die sinkende Bedeutung dieser einfuhrbeschränkenden Maßnahmen. So kann z. B. gegenwärtig von zusätzlichen mitteldeutschen Lieferangeboten in Höhe von rd. 25 Mill. VE (es handelt sich hierbei um Teppiche und Läufer, Grobgarngewebe und Haushaltssporzellan) wegen der Kontingentierung kein Gebrauch gemacht werden. Die Wirkung schon einer Kontingentserhöhung wurde vor kurzem am Beispiel des Portlandzements deutlich; eine Erhöhung der Ausschreibung von 2,25 auf 6,75 Mill. VE rief bei den westdeutschen Interessenten ein derartiges Echo hervor, daß die Ausschreibung vorzeitig geschlossen werden mußte.

Die Kontingentierung bei den Bezügen wird besonders mit der Schutzbedürftigkeit der Eigenproduktion begründet. Dieses Argument wird jedoch schon wegen der Größenverhältnisse des Interzonenhandels zu den sonstigen Einfuhren der Bundesrepublik zweifelhaft. Der Anteil der Interzonenhandelsbezüge an den Gesamtimporten (einschließlich Interzonenhandel) war 1965 bei den hier interessierenden Gütergruppen zumeist verschwindend klein. Er betrug bei Steinen und Erden 2,4 vH; Glas, Glaswaren 3,1 vH; feinkeramischen Erzeugnissen 5,2 vH; EBM-Waren 2,0 vH; Textilien und Bekleidung 3,5 vH (bei Bekleidung allein 7,2 vH); Gütern der Ernährungswirtschaft 1,7 vH (davon Getreide 4,9 vH). Zwar können sich bei weiter disaggregierten Warengruppen durchaus höhere Quoten ergeben. Für die Gesamtversorgung des inländischen Marktes (also unter Einschluß der im Inland abgesetzten Eigenproduktion) dürften die Interzonenbezüge jedoch nur in Ausnahmefällen ein merkliches Gewicht erreichen.

³⁾ Erst im September 1966 wurden Güter mit einem Gesamtwert von 28 Mill. VE aus der Kontingentierung herausgenommen. Diese Erleichterung dürfte jedoch zu einer durchschlagenden Belebung der Bezugstätigkeit kaum beitragen: Ein Teil der hier abgebauten Kontingente war ohnehin sinnlos geworden, da für diese Güter kaum noch Bezugswünsche in Westdeutschland vorlagen.

Aufhebung der Kontentrennung geboten

Hemmend auf den Interzonenhandel wirkt sich — trotz der möglichen „Kontenübertragungen“ — nach wie vor die Unterscheidung nach „harten“ und „weichen“ Waren aus. Der ständige Rückgang der über Konto I (harte Waren) laufenden westdeutschen Bezüge erschwert dem mitteleutschen Partner den Kauf der hier in Frage stehenden Güter immer mehr. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus dem Rückgang der — neben Maschinen — größten Warengruppen der Bezugsseite des Kontos I: 1967 werden voraussichtlich keine Mineralölserzeugnisse (Vorjahr fast 70 Mill. VE) mehr bezogen werden, da keine Einigung über weitere Ausgleichszahlungen erzielt werden konnte. Die Bezüge von Braunkohlenbriketts sind in der letzten Zeit um jährlich etwa 40 Mill. VE zurückgegangen und werden vermutlich auch in diesem Jahr schrumpfen. Für diese Ausfälle ist im Konto I — in der gegenwärtigen Abgrenzung — kein Ersatz möglich. Statt einer „Übertragung“ von 150 Mill. VE mitteleutscher Aktiva von Konto II nach Konto I im Jahre 1966 ist für 1967 außerdem bisher nur ein Betrag von insgesamt 120 Mill. VE vorgesehen. Ohne grundlegende Änderungen werden also die westdeutschen Lieferungen, die über das Konto I abgerechnet werden (Erzeugnisse des Maschinenbaus sowie Eisen und Stahl), in diesem Jahre einem besonders starken Druck ausgesetzt sein: Die vom DIW bereits vor längerem geforderte Zusammenlegung der Warenkonten ist noch dringender geworden.

Zusammenfassung

In den letzten drei Jahren hat sich der Interzonenhandel kräftig erhöht, 1966 ist ein Rekordumsatz von fast 3 Mrd. VE erzielt worden. Das einseitig hohe Wachstum der Lieferungen der Bundesrepublik hat dabei allerdings zu einer Verschuldung Mitteldeutschlands in einem Ausmaß geführt, das die weitere Entwicklung in diesem Jahre bedroht. Zwar ist durch das Hinausschieben der Termine, zu denen ein Barausgleich der Forderungen vorgenommen werden soll, eine gewisse Erleichterung geschaffen worden; eine Erhöhung des Swings könnte ebenfalls die drohende Gefahr eines Rückgangs der westdeutschen Lieferungen vermindern. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollten aber noch weitergehende Maßnahmen erwogen werden. Gerade die heutige Situation legt die längst überfällige Beseitigung der noch bestehenden Bezugskontingente und die Aufhebung der kontentmäßigen Trennung von „harten“ und „weichen“ Waren nahe. Vor allem für die Ausdehnung der Bezüge von industriellen Verbrauchsgütern würden hierdurch neue Möglichkeiten erschlossen.

Durch die Zusage von langfristigen Krediten und deren Absicherung durch Bürgschaften des Bundes sind Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß auch das Geschäft mit industriellen Anlagen einen Platz im Lieferprogramm des Interzonenhandels erhält. Inwieweit von diesen Möglichkeiten tatsächlich Gebrauch gemacht werden wird, hängt davon ab, wie die mitteleutschen Behörden die faktische Bedeutung der Widerrufsklausel einschätzen — oder ob die Westseite auf diese Klausel ganz verzichtet.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Tel. 76 10 33; — telex 0183247 diwbl

Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hilß, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Dieter Mertens, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

Gegenstand *)	Einheit †)	1966													1967	
		Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Anzahl der Arbeitstage		22,8	21,5	20,8	23,8	20,7	20,5	21,2	22,0	23,7	22,8	22,0	21,4	21,8	22,5	
Kredite an Nichtbanken																
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	4786	3768	4013	3679	3581	4646	4089	4613	4997	4011	3995	4343	5640	4447
Kreditbanken	"	"	74008,8	73304,2	73773,7	75122,7	75585,8	76021,3	77319,0	77235,0	76858,8	77932,3	76930,5	76822,4	78611,8	"
an Wirtschaft u. Private	"	"	61428,9	60603,5	61311,0	62667,2	63259,3	63416,6	64684,8	64828,5	64448,4	65291,0	64412,5	64061,6	65509,0	"
kurzfristige Kredite	vH	"	62,3	61,7	61,9	61,9	61,9	61,6	61,9	61,1	60,4	60,7	60,1	59,8	60,4	"
dar. Wechselkredite	"	"	27,1	26,0	25,7	25,6	25,5	25,0	24,1	24,0	23,8	23,4	23,0	23,1	25,1	"
mittelfristige Kredite	"	"	17,0	17,3	17,2	17,6	17,5	17,9	18,0	18,6	19,0	18,9	19,1	19,3	19,0	"
langfristige Kredite	"	"	20,7	21,0	20,9	20,5	20,6	20,5	20,1	20,3	20,6	20,4	20,8	20,9	20,6	"
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	2688,9	2755,5	2794,3	2811,8	2856,0	2862,1	2877,5	2946,4	2830,3	2902,9	2916,8	3032,0	3086,1	"
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	9891,0	9945,2	9668,4	9643,7	9470,5	9742,6	9756,7	9570,1	9580,1	9738,4	9601,2	9728,8	10016,7	"
Übrige Kreditinstitute 1)	"	"	234197,6	235814,1	238011,4	240365,4	242276,8	244189,6	246633,4	247499,0	249162,4	251389,8	253368,5	255207,7	257056,2	"
an Wirtschaft u. Private	"	"	161931,9	162587,0	164049,8	166032,0	167642,0	169205,9	171340,0	171782,7	172785,9	174584,0	175346,8	176212,5	177378,4	"
kurzfristige Kredite	vH	"	17,6	17,4	17,5	17,8	17,9	17,9	18,5	18,2	18,0	18,3	18,1	17,9	18,1	"
dar. Wechselkredite	"	"	6,1	6,0	6,1	6,2	6,3	6,4	6,5	6,5	6,5	6,5	6,4	6,3	6,3	"
mittelfristige Kredite	"	"	9,1	9,0	9,0	9,1	9,2	9,3	9,3	9,3	9,3	9,3	9,3	9,4	9,4	"
langfristige Kredite	"	"	73,3	73,6	73,5	73,1	72,9	72,8	72,2	72,5	72,7	72,4	72,6	72,7	72,5	"
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	43923,2	44792,7	45411,5	45601,4	45893,0	46252,3	46555,5	47022,1	47634,3	48029,4	48868,3	49745,1	50182,9	"
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	28342,5	28434,4	28550,1	28732,0	28741,8	28731,4	28743,9	28694,2	28742,2	28776,4	29153,4	29250,1	29494,9	"
Bargeldumlauf und Bank- einlagen 12)																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	29556	28877	29518	29787	30414	30221	30467	31492	30564	31100	30400	31138	30758	29291
Sicht- u. Termineinlagen, ges. 11)	"	"	78960	76141	76551	76543	75759	77886	78982	77999	79478	78674	79412	81203	84053	82010
von Wirtschaft und Privaten	"	"	61932	59646	59587	58415	60428	61033	60993	61466	62389	61080	62738	64284	66043	63874
Sichteinlagen	vH	"	71,5	69,6	69,0	69,3	69,5	69,8	70,0	69,4	68,9	68,2	67,8	68,6	67,1	65,1
Termineinlagen	"	"	28,5	30,4	31,0	30,7	30,5	30,2	30,0	30,6	31,1	31,8	32,2	31,4	32,9	34,9
von deutschen öffentl. Stellen 11)	Mill. DM	"	17028	16495	16964	18128	15331	16853	17989	16533	17089	17594	16674	16919	18010	18196
Sichteinlagen bei Kreditinst. außerh. d. Zentralbanksystems	vH	"	34,6	28,1	29,0	26,7	29,3	29,9	30,5	27,4	27,6	28,4	26,9	29,2	31,0	24,8
Sichteinlagen beim ZBS 11)	"	"	12,7	16,0	17,8	25,2	14,7	16,8	19,8	16,8	14,3	14,3	12,4	9,7	11,7	13,8
Termineinlagen	"	"	52,7	55,9	53,2	48,1	56,0	53,3	49,7	55,8	58,1	57,3	60,7	61,1	57,3	61,4
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	"	63	320	259	185	129	82	163	205	215	239	310	198	143	566
Spareinlagen	"	"	109758	111491	112807	113451	114443	115187	116077	117285	118266	118984	120313	120622	126029	128040
Deutsche Bundesbank																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	29718,5	29072,7	28818,9	28806,3	28467,5	28067,7	28838,5	29629,9	29455,4	29498,2	30306,3	30457,0	31020,0	29873,0
Gold	"	"	17371,1	17372,2	17356,1	17339,2	17339,2	16977,1	16970,7	16938,9	16919,7	16910,7	16887,0	16892,2	16905,2	16897,2
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	"	11455,2	10801,8	10555,9	10475,7	10084,7	10014,6	10852,6	11673,5	11574,0	11613,2	12431,4	12569,4	13031,3	11924,7
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	892,2	898,7	916,9	991,4	1043,6	1076,0	1015,2	1017,5	961,7	974,3	974,3	995,4	1083,5	1051,1
Wertpapiermarkt																
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien 2)	Mill. DM	S	1315,2	2070,4	1102,2	1223,0	802,0	640,2	701,0	1035,7	707,3	695,1	849,7	710,1	1545,6	2584,1
Pfandbriefe	vH	"	26,6	23,8	19,0	17,4	20,3	36,4	30,3	21,4	28,4	33,7	21,3	32,0	15,9	12,7
Kommunalobligationen	"	"	18,3	19,9	24,9	16,4	26,0	33,5	28,7	27,8	33,5	34,3	29,6	29,4	28,9	18,0
Öffentliche Anleihen	"	"	16,4	19,8	19,7	27,3	1,6	1,0	1,7	4,4	1,8	3,0	2,4	7,1	32,5	49,5
Industrieobligationen	"	"	—	—	—	—	14,2	—	—	11,4	—	—	—	—	—	4,6
Aktien	"	"	18,3	17,3	19,8	7,6	28,2	22,5	29,2	19,5	19,2	6,5	23,6	8,2	9,3	10,3
Kursdurchschnitt 3)	31.12.53															
Aktien 4)	=100	D	476	491	499	494	485	467	442	414	417	429	420	408	411	410
5%ige Pfandbriefe, steuerfrei	vH	"	110,36	110,55	110,64	110,57	109,16	107,24	105,38	101,98	102,26	104,09	106,12	106,30	107,75	108,70
6%ige Pfandbriefe, tarifbesteuert	"	"	88,40	88,67	88,49	88,32	86,88	85,08	83,16	82,07	81,42	81,82	82,66	82,63	86,70	88,36
6%ige Komm.-oblig., tarifbesteuert	"	"	87,53	87,33	87,50	87,32	85,93	84,38	82,43	81,23	80,98	81,69	83,06	83,28	86,43	88,05
Finanzen																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder 5)	Mill. DM	S	118923,	7329,8	5736,8	10604,6	6230,9	6528,1	11268,5	6619,1	6822,3	10735,6	6670,0	6762,1	11817,0	7714,9
Einkommen- u. Körperschaftst. 6)	"	"	7309,1	2701,5	1802,7	6367,8	2036,8	2075,1	6723,3	2338,0	2177,7	6478,2	2274,9	2024,1	7272,1	2998,1
Lohnsteuer	"	"	1867,7	1970,0	1269,7	977,3	1299,1	1316,7	1326,4	1684,1	1672,6	1808,9	1895,6	1759,0	2075,4	2197,3
Veranl. Einkommenst.	"	"	3429,6	417,7	324,8	3465,1	534,2	487,7	3404,2	369,0	231,7	3108,0	198,1	152,0	3382,1	346,8
Körperschaftsteuer	"	"	1957,3	163,7	133,3	1839,2	105,5	132,4	1725,0	123,4	19,9	1507,3	123,8	56,9	1756,5	272,5
Umsatzsteuer	"	"	2222,6	2550,6	1755,9	1771,6	2145,7	2039,4	2082,4	2130,9	2073,7	2043,1	2163,5	2160,3	2146,9	2459,5
Zölle und Verbrauchst.	"	"	1849,6	1564,0	1324,3	1861,4	1510,8	1509,9	1957,9	1649,4	1671,5	1722,3	1721,3	1686,0	1836,5	1689,7
Lastenausgleichsabgaben 7)	"	"	56,8	35,2	313,6	41,7	54,9	296,5	25,8	45,7	291,2	21,3	54,1	310,2	41,5	42,1
Außenhandel																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	6423	5786	5587	6739	5906	6166	6176	5911	5796	5928	6429	6118	6132	5570
Ausfuhr, insgesamt	"	"	7070	5970	5960	7027	6237	6806	6580	6832	6149	6910	7234	6875	8047	6999
Saldo 8)	"	"	+ 647	+ 184	+ 373	+ 288	+ 331	+ 640	+ 404	+ 921	+ 353	+ 982	+ 805	+ 757	+ 1915	+ 1429
Einfuhrvolumen 9)	"	"	6301	5575	5412	6425	5646	5886	5989	5728	5642	5801	6247	5982	5977	5487
Ausfuhrvolumen 9)	"	"	6859	5777	5809	6858	6039	6683	6471	6596	5924	6736	6988	6710	7846	6779
Terms of Trade 10)	1962-100	D	101,2	99,5	99,4	97,7	98,8	97,9	98,6	100,4	101,1	100,4	100,6	100,2	100,0	101,8
Einfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft.	Mill. DM	S	1716	1402	1301	1694	1449	1442	1386	1371	1434	1420	1440	1562	1552	1325
Rohstoffe	"	"	1004	1042	943	1098	934	1041	1009	1009	978	932	961	896	977	985
Halbwaren	"	"	928	825	809	944	840	905	932	946	932	898	911	893	899	869
Fertigwaren	"	"	2708	2471	2475	2948	2630	2685	2786	2522	2388	2619	2961	2676	2634	2325